

Vermögenserklärung als Anlage zum Antrag auf BAföG

Name: _____ Vorname: _____

Antrag nach dem BAföG vom _____ für Schuljahr _____

Erklärung

Hiermit erkläre ich ausdrücklich, dass ich **alle** meine Vermögenswerte angegeben und die entsprechenden Nachweise vorgelegt habe.

Weitere Vermögenswerte, auf meinen Namen lautend, besitze ich nicht.

Hinweis:

Als Vermögenswerte gelten alle bis 10 Monate vor Antragstellung auf Ihren Namen lautenden Girokonten, Sparbücher, Bausparverträge, Anlage vermögenswirksamer Leistungen, Prämiensparguthaben, Wertpapiere, Aktien, Pfandbriefe, Sparbriefe, Geschäftsanteile, Grundbesitz, Lebensversicherungen etc.;

Grundsätzlich ist bei Vermögenswerten der Kontostand zum Zeitpunkt der Antragstellung, bei Grundbesitz der aktuelle Verkehrswert nachzuweisen.

Mir ist bekannt,

- dass ich **alle** für die Sachaufklärung erforderlichen Tatsachen angeben und die verlangten Nachweise vorlegen **muss** (§ 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch),
- wenn ich meiner Mitwirkungspflicht nicht nachkomme, die Sozialleistung versagt oder entzogen werden kann (§ 66 Erstes Buch Sozialgesetzbuch),
- unrichtige und unvollständige Angaben strafrechtlich verfolgt oder als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 2.500 Euro geahndet werden können und dass zu Unrecht geleistete Beträge zurückgefordert werden.

Ich erkläre, dass keine größeren Abhebungen (mehr als 1000,00 Euro) innerhalb der letzten 10 Monate vor Antragstellung bzw. vor Ausbildungsbeginn getätigt wurden, die gemachten Angaben der Wahrheit entsprechen, und keine Angaben verschwiegen wurden.

.....
Ort, Datum

.....
Unterschrift

Datenschutzhinweis gem. DSGVO im Bereich BAföG (Datenschutzgrundverordnung)

Datensicherheit

Die Sicherheit Ihrer Daten ist uns wichtig, deshalb werden alle Informationen über eine verschlüsselte Verbindung übertragen. Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht nutzen Sie bitte das [Kontaktformular](#) in https://www.nuernberg.de/internet/jugendamt/bereich_allgemeineverwaltung.html#83, Telefon 09 11 / 2 31-34 76.

Verantwortlich für diese Datenerhebung: Stadt Nürnberg – Jugendamt, Dietzstraße 4, 90443 Nürnberg

Datenschutz

Bei Fragen zum Thema Datenschutz wenden Sie sich bitte an: Stadt Nürnberg, Behördlicher Datenschutz, Rathausplatz 2, 90403 Nürnberg, Telefon 09 11 / 2 31-51 15. Zur verschlüsselten Übertragung Ihrer Nachricht: [Kontaktformular Behördlicher Datenschutz](#)

Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung

Die Erhebung der personenbezogenen Daten ist notwendig, um über den Förderungsantrag nach dem BAföG entscheiden zu können (§ 46 Abs. 3 BAföG i. V. m. § 60 Erstes Buch Sozialgesetzbuch).

Quelle der Daten: Die Daten werden von Ihnen erhoben.

Kategorien der personenbezogenen Daten, die verarbeitet werden

Das Jugendamt verarbeitet folgende personenbezogenen Daten von Ihnen
Personenstammdaten (Name, Vorname, Geburtsdatum)
Anschrift, Bankverbindung

Weitergabe von Daten

- Die im Rahmen des Antrags gemachten Angaben zum Einkommen des Antragstellenden können beim zuständigen Sozialleistungsträger, beim Finanzamt und bei dem Arbeitgeber des Antragstellenden sowie durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden.
- Die im Rahmen des Antrags gemachten Angaben zu dem Vermögen des Antragstellenden können durch einen Datenabgleich (§ 41 Abs. 4 BAföG i. V. m. § 45d EStG) und durch eine Kontenabfrage nach § 93 Abs. 8 Abgabenordnung (AO) beim Bundeszentralamt für Steuern überprüft werden, wenn die Voraussetzungen hierfür vorliegen.
- Die geleisteten Darlehen einschließlich der zugehörigen personenbezogenen Daten werden von den Ämtern für Ausbildungsförderung zum Zweck des Darlehenseinzugs dem Bundesverwaltungsamt übermittelt.
- Im Fall der Inanspruchnahme von Ausbildungsförderung in Form eines verzinslichen Bankdarlehens der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) werden die für die Darlehensrückerstattung erforderlichen Daten zwischen der KfW und dem Bundesverwaltungsamt (BVA) ausgetauscht. Die KfW übermittelt die Auszahlungsdaten dem zuständigen Amt.

Übermittlung an Drittländer

Es erfolgt keine Übermittlung an Drittländer.

Speicherzeitraum

Die personenbezogenen Daten werden für die Dauer des Bezugs des BAföG und je nach Regelung in den einzelnen Bundesländern zwischen 5 und 12 Jahre nach der letzten Rückzahlung des BAföG-Darlehensanteiles gespeichert. Nach diesem Zeitpunkt erfolgt die Löschung der Daten.

Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen beim Verantwortlichen für die Datenerhebung folgende Rechte zu: Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO).

Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die Stadt Nürnberg, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind.

Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

Erforderlichkeit der Datenangabe

Sollte der Auszubildende notwendige Informationen nicht bereitstellen wollen, kann der Anspruch auf BAföG nicht geprüft werden. Dies hat zur Folge, dass über den Antrag nicht abschließend entschieden werden und infolgedessen auch keine Förderung nach dem BAföG erfolgen kann.

Widerrufsrecht bei Einwilligung

Laut Vordruck nicht vorgesehen

Verarbeitung für einen anderen Zweck

Ist beabsichtigt, die personenbezogenen Daten für einen anderen Zweck weiterzuverarbeiten als den, für den sie im Antragsverfahren erhoben wurden, so stellen das BMBF, das zuständige Landesministerium, das BVA oder das Amt für Ausbildungsförderung der betroffenen Person vor dieser Weiterverarbeitung Informationen über diesen anderen Zweck und alle anderen maßgeblichen Informationen zur Verfügung.